

Kiel, 9. Mai 2018

Nr. 146 /2018

Martin Habersaat

Die Bildungsministerin leugnet und verschlimmert das größte Problem unserer Schulen

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, kritisiert den Umgang des Bildungsministeriums mit dem Mangel an qualifizierten Lehrkräften. Er erklärt dazu:

Deutschland steuert in vielen Bereichen auf einen Fachkräftemangel zu. Unsere Schulen sind davon nicht ausgenommen. Das Problem trifft Schleswig-Holstein nicht allein und ist auch nicht allein von der amtierenden Landesregierung zu verantworten. Aber die amtierende Landesregierung hat sich nicht vor großen Versprechen gescheut, um die Verantwortung für unser Land zu erringen. Im Bildungsbereich hat die CDU nicht weniger als eine Unterrichtsgarantie versprochen, nach der nie wieder eine Stunde Unterricht ausfällt.

Von so einer Unterrichtsgarantie sind wir weit entfernt. Aber es ist schlimmer: Von den erteilten Stunden werden viele nicht durch reguläre Lehrerinnen und Lehrer erbracht. Von den rund 22.000 Lehrerstellen an allen Schularten sind 882 mit Lehrkräften besetzt, die keine vollständige pädagogische Ausbildung besitzen, 672,5 dieser Stellen sogar von Menschen ohne jede Lehramtsausbildung. Besonders betroffen sind die Grundschulen und die Gemeinschaftsschulen, wo jede 11. (Gemeinschaftsschulen) bzw. jede 12. Klasse (Grundschulen) nicht von einer regulären Lehrkraft unterrichtet werden kann. Regional am schlimmsten betroffen sind die kreisfreien Städte -mit Ausnahme Flensburgs- und die vier Hamburger Randkreise. Allein an den Gemeinschaftsschulen im Kreis Pinneberg unterrichten auf fast 44 Stellen Kräfte ohne jede Lehramtsausbildung.

Im laufenden Schuljahr haben außerdem 111 Referendarinnen und Referendare gegen Mehrarbeitsvergütung mehr als die 10 Wochenstunden unterrichten müssen, die im Rahmen ihrer Ausbildung eigentlich vorgesehen sind. Auch hier sind in der Mehrheit die Grundschulen

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

und Gemeinschaftsschulen betroffen. Mehrarbeit von Referendarinnen und Referendaren, auch bezahlte, sollte jedoch die absolute Ausnahme sein. In der Ausbildung, ohnehin auf 18 Monate verkürzt, muss schließlich das Fundament für 40 Jahre Schuldienst gelegt werden. Wer die jungen Leute verheizt, wird später umso größere Schwierigkeiten haben.

Der Bildungsministerin ist vorzuwerfen, dass sie das Problem, das sie vor der Wahl noch in dramatischen Sentenzen zu schildern wusste, zwischenzeitlich auch mal leugnet, wie beispielsweise im Streitgespräch mit der GEW-Vorsitzenden Astrid Henke (NDR-Gespräch „Zur Sache“, 18.2.2018). Sie vergrößert das Problem, indem sie die Erteilung zusätzlicher Stunden anordnet, anstatt die ordnungsgemäße Erteilung der bisher zu erteilenden Stunden sicherzustellen, indem sie wieder eine falsche Trennung von „Gymnasiallehrkräften“ und „Gemeinschaftsschullehrkräften“ herbeiführt und indem sie Grundschullehrkräfte als „Kuschelpädagogen“ abqualifiziert. Lösungsansätze dagegen werden verschleppt, indem eine bessere Besoldung von Grundschullehrkräften zwar angekündigt wird, aber erst im Jahr 2026 realisiert sein soll.

Wer sich mit aller Vehemenz um die Verantwortung für unsere Schulen und die Qualität des Unterrichts für unsere Kinder und Jugendlichen beworben hat, muss sich dieser Verantwortung nach einem Jahr im Amt endlich stellen. An das Einhalten von CDU-Wahlsprechens glaubt nach A20-Fiasko und Windkraft-Debakel ohnehin niemand mehr.